

Satzung
zur Verringerung der Zahl der in den Rat
der Stadt Ahaus zu wählenden Vertreter

vom 31.03.1998

Verzeichnis der Veränderungen:

Beschluss vom: in Kraft getreten am: Geänderte Regelungen:

Satzung
zur Verringerung der Zahl der in den Rat
der Stadt Ahaus zu wählenden Vertreter
vom 31.03.1998

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1997 (GV NW S. 458) und des § 3 Abs. 2 des Gesetzes über die Kommunalwahlen im Lande Nordrhein-Westfalen -Kommunalwahlgesetz- in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. August 1993 (GV NW S. 521), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Dezember 1995 (GV NW S. 1198), hat der Rat der Stadt Ahaus am 11. März 1998 folgende Satzung beschlossen:z

§ 1

Die Zahl der nach § 3 Abs. 2 des Kommunalwahlgesetzes in den Rat der Stadt Ahaus zu wählenden Vertreter wird ab der 1999 beginnenden Wahlperiode um 2 von 44 auf 42 verringert, wovon die Hälfte der Vertreter in 21 Wahlbezirken zu wählen ist.

§ 2

Die Satzung tritt mit dem Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende vom Rat der Stadt Ahaus in seiner Sitzung am 11. März 1998 beschlossene Satzung zur Verringerung der Zahl der in den Rat der Stadt Ahaus zu wählenden Vertreter wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GO NW beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung oder die sonstige ortsrechtliche Bestimmung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Ahaus, den 31. März 1998

Der Bürgermeister
gez. **Bußmann**